

„Wir können Energiekrise“

Gut besuchte Veranstaltung der Grünen mit positivem Ausblick auf die Umsetzung der Klimaziele

Die Energiekrise beschäftigt unsere Gesellschaft. Viele Bürger*innen und Unternehmer*innen sind verunsichert. Dass großer Gesprächsbedarf besteht, zeigt auch die rege Teilnahme an der Veranstaltung „Wir können Energiekrise“, die am 5. Dezember online stattfand. Eingeladen zu der Diskussionsrunde mit Experten aus verschiedenen Fachrichtungen hatte der Ortsverband Mönkeberg gemeinsam mit dem Kreisverband Plön.

„Wir wollen aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Herausforderungen der Energiekrise betrachten und hoffen dabei auch auf Positives und neue Chancen für die Bewältigung der Klimakrise“, so Ortsverbandssprecher Dietmar Sperfeld vor knapp 30 Teilnehmern. Als Referenten geladen waren Joschka Knuth, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein, Frank Meier, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Kiel AG, und Tom Janneck, Leitung Referat Energiewende & Nachhaltigkeit bei der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.

Meier stellte die Energiebeschaffung und -versorgung aus Sicht der Versorger dar. In Deutschland komme das Gas mittlerweile zu je etwa einem Drittel aus Norwegen, den Niederlanden und künftig als LNG aus Drittländern sowie zu einem geringfügigen Anteil aus inländischer Förderung. Das Risiko einer Gasmangellage könne durch verschiedene Maßnahmen reduziert werden. Dazu gehörten die Nutzung der LNG-Terminals, eine positive Witterung sowie die weiterhin fließenden Importe von Gas aus Norwegen und den Niederlanden. Ganz wichtig sei allerdings dabei auch das Sparziel von 20 Prozent, so der Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Kiel: „Wir alle können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.“

Letzteres halte nicht nur das Risiko der Mangellage gering, sondern habe auch einen großen Entlastungseffekt bei den Kosten. „Die Deckelung des Preises von 80 Prozent des Verbrauchs bringt schon eine Entlastung, die richtige Entlastung kommt allerdings dann, wenn der Verbrauch um 20 Prozent geringer wird“, betonte Meier. Auch beim Strom stufte Meier das Risiko eines Blackouts als sehr gering ein. Das bekräftigte ebenfalls Knuth. Man habe in der Politik alles getan, um die Strom- und Gasversorgung sicherzustellen.

Schleswig-Holstein profitiere zudem in diesen Winter von der direkten Anbindung an das neue LNG-Terminal in Brunsbüttel, das erst im kommenden Winter Gas ans gesamte deutsche Netz liefern könne. Beim Strom habe der Norden eine gute Perspektive, dass es nicht zu Abschaltungen kommen werde. Im Süden sei ein Brownout, die Abschaltung von Großverbrauchern, eher möglich, wenn beispielsweise die Atomkraftwerke in Frankreich keinen Strom lieferten. „Die Versorgungssicherheit ist sehr aussichtsreich für diesen Winter“, so Knuth. Man sei vorbereitet und im Krisenfall würde der interministerielle Krisenstab aktiv werden.

Aus Sicht von Janneck sind die Preise für Energie ein sehr starkes Signal, das den Verbraucher umtreibt. Die Preise seien zum Teil sehr stark gestiegen und wer davon betroffen sei, sei schon sehr besorgt. Die Preisbremse helfe hier. „Allerdings beobachten wir auch, dass die Nachfrage nach alternativen Energien bei den Verbrauchern dadurch wieder etwas zurückgeht“, sagte Janneck. Er befürchte, dass durch die Preisbremse zudem die Bereitschaft zum Energiesparen geringer werde; das könne Probleme für den kommenden Winter 2023/24 mit sich bringen. Aus seiner Sicht sei auf lange Sicht die Marktliberalisierung weiterhin der richtige Weg, denn er führe zu mehr Innovationen und besseren Preisen.

Neben den Gesprächen über Energiesicherheit und -kosten mit ihren Folgen für die Verbraucher*innen folgte in einem dritten Themenblock ein Ausblick auf die Auswirkungen der Energiekrise auf die Klimaziele und auf die politischen Rahmenbedingungen.

Knuth betonte, dass Schleswig-Holstein auf dem Weg sei, die Transformation bis 2040 hinzubekommen. Es würden derzeit zwar wieder mehr fossile Energieträger genutzt, allerdings mit zeitlicher Begrenzung. „Bei allen Maßnahmen, die umgesetzt werden, wird die Dekarbonisierung gleich mitgedacht“, so Knuth. Beispiel LNG-Terminal: Hier wird ein Teil der Infrastruktur so angelegt, dass sie auch für andere Energieträger wie Ammoniak oder Wasserstoff nutzbar ist. Beispiel EEG: Mit der Gesetzgebung wird der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt. Weitere Beispiele sind die Förderungen für den Netzausbau, für die Dekarbonisierung der Industrie sowie für Photovoltaikanlagen.

„Schleswig-Holstein befindet sich auf einem sehr guten Weg. Mit der gleichen Ernsthaftigkeit, mit der wir an der Gasmangellage gearbeitet haben, arbeiten wir an der Energiewende“, so Knuth. Gleichzeitig werde durch Förderungen der richtige Rahmen für Investitionen gesetzt. Beispielsweise ziehe der LNG-Terminal in Brunsbüttel Industrieansiedlungen nach sich. Mit grüner Energie und einem neuen zukünftigen Strompreisdesign habe das Land einen großen Standortvorteil – auch für die Umsetzung der Klimaziele.